

Vor 70 Jahren:

Die Vorläufige Landesregierung

Von unserem Gastautor Joachim Hennig



Ministerpräsident Dr. Wilhelm Boden (1890 - 1961), CDP/CDU, (rechts) mit französischem Offizier, 1946. Fotos: Fred Knieper

Die Frühgeschichte unseres Landes Rheinland-Pfalz, über die hier schon wiederholt berichtet wurde (vgl. zur Gründung des Landes: Blick aktuell Nr. 39 vom 29. September 2016; zu den ersten freien Wahlen: Blick aktuell Nr. 43 vom 27. Oktober 2016; zu den ersten Entwürfen für die Landesverfassung: Blick aktuell Nr. 45 vom 10. November 2016; zur Beratenden Landesversammlung: Blick aktuell Nr. 46 vom 17. November 2016), ging auch nach der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung am 22. November 1946 weiter.

Nach dem „Fahrplan“, den die Ordonnance No 57 (Verfügung Nr. 57) des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland, Armeegeneral Pierre-Marie Koenig, vom 30. August 1946 vorgab, stand als Nächstes die Bildung einer vorläufigen Landesregierung an. Die Zeit drängte, denn als Datum war der 30. November 1946 festgelegt. Deshalb begannen die Sondierungsgespräche dafür bereits beim ersten Zusammenritt der Beratenden Landesversammlung am 22. November 1946 in Koblenz. Nicht weit vom Tagungsort im Stadttheater trafen sich in Koblenz Schloss der französische Gouverneur Claude Hettier de Boislaumont und Vertreter der Parteien. Schon bei den ersten Gesprächen wurde klar, dass die Franzosen keine Zusammensetzung der Regierung nach den Mehrheitsverhältnissen wünschten. Die Regierung sollte nicht ausschließlich von Mitgliedern der CDP/CDU, die die absolute Mehrheit in der Beratenden Landesversammlung innehatte, gebildet werden. Vielmehr war eine Koalitionsregierung angestrebt, die nach dem Vorbild des damaligen französischen „tripartisme“ aus Christdemo-

kraten, Sozialisten/Sozialdemokraten und Kommunisten bestehen sollte.

Besetzung des Kabinetts sorgte für Kontroversen

In weiteren Verhandlungsunden am Amtssitz der französischen Militärregierung in Bad Ems beriet man eingehend über die verschiedenen Kandidatenlisten. Dabei gab es allerdings Kontroversen: Manche Kandidaten waren für die französische Besatzungsmacht nicht akzeptabel. Andere waren zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten umstritten. Wieder andere hatten keinen richtigen oder sogar gar keinen Rückhalt in ihren regionalen Parteilieferungen. Schließlich verständigte man sich am 29. November 1946 auf die Kabinettsliste. Erster Ministerpräsident des neuen Landes sollte der bisherige Oberpräsident der Provinz Rheinland/Hessen-Nassau Dr. Wilhelm Boden (CDP/CDU, 1890 - 1961) werden. Außer ihm stellten die Christdemokraten noch fünf Minister: Der Koblenzer Johann Junglas (1898 - 1963), Schwager von Peter Altmeier, wurde Gesundheits- und Wohlfahrtsminister, ein weiterer Koblenzer, der Rechtsanwalt und „Vater der Landesverfassung“ Dr. Adolf Süsterhenn (1905 - 1974), wurde Justizminister, der pfälzische Winzer Oskar Stübinger (1910 - 1988) wurde Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, der Pfälzer Hanns Haberer (1890 - 1967) Wirtschafts- und Finanzminister, der Rheinhesse Ernst Albert Lotz (1887 - 1948) Minister für Unterricht und Kultus. Die SPD konnte zwei Minister stellen: den Regierungspräsidenten von Rheinhesse Jakob Steffan (1888 - 1957) als Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie den langjährigen Parla-

mentarier und Gewerkschafter Paul Röhle (1885 - 1958) aus Koblenz als Arbeitsminister. Einziger Minister der KPD war der Pfälzer Willy Feller (1905 - 1979).

Die meisten von ihnen gehörten schon der Beratenden Landesversammlung an. Steffan und Feller waren entschiedene Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Steffan kam 1933 wiederholt in Polizei- und Strafhäft, von 1936 bis 1940 war er in „Schutzhaft“ im Konzentrationslager Dachau. Feller war ab 1933 wiederholt inhaftiert, verbüßte eine Strafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat und war in „Schutzhaft“ im Konzentrationslager. „Zur Bewährung“ kam er als Soldat ins Strafbattillon 999 und zur Organisation Todt. Nach der Befreiung war er Chefredakteur der kommunistischen Zeitung „Neues Leben“.

Nur wenige Tage später, als nach dem „Fahrplan“ der Ordonnance No 57 vorgesehen, am 2. Dezember 1946, wurden Ministerpräsident Dr. Wilhelm Boden und die Mitglieder seines Kabinetts ernannt. Damit war das rheinland-pfälzische Land de facto und nach Besatzungsrecht als Staat etabliert. Das neue Gebilde hatte alle drei „Essentials“ für die Annahme eines Staates: ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und Staatsorgane (die Beratende Landesversammlung und die Vorläufige Landesregierung). Diese Organe waren zwar nicht (unmittelbar) vom Volk gewählt, waren ein Provisorium und hatten einen eingeschränkten Auftrag und Befugnisse, aber gleichwohl handelten sie für das rheinland-pfälzische Volk und für den neuen Staat.

Regierung hatte nur begrenzten Handlungsspielraum

Der Neuanfang der Landesregierung nach den zwölf Jahren der Hitler-Diktatur und unter den Bedingungen der französischen Besatzungsmacht sowie der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Not war äußerst schwer. Zudem war der Handlungsspielraum der Regierung begrenzt. Zwar sprach die französische Besatzungsmacht ihr das Recht zu, Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Sie musste dabei aber eine Vielzahl von Vorgaben des Alliierten Kontrollrats und der französischen Militärregierung beachten. Für ihr Regierungshandeln galten strikte Genehmigungs- und Aufsichtsvorbehalte der Franzosen. Das hatte zur Folge, dass sie alle Kabinettsbeschlüsse dem französischen Gouverneur vorlegen musste.

Nahrungsmittel und Wohnraum fehlten auch in Koblenz

Am größten und aktuellsten waren die unmittelbaren Kriegsfolgen. Schon der Winter 1945/46 war hat-



Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident Jakob Steffan (1888 - 1957, SPD, 1946.

gewesen. Der dann folgende war ein äußerst kalter, noch schlimmerer „Hungervinter“. Nahrungsmittel gab es – zu festgesetzten Preisen – nur auf monatlich ausgegebenen Lebensmittelmarken, die Rationen waren gering und wurden geringer. So hatten am 21. November 1946 – einen Tag vor dem Zusammenritt der Beratenden Landesversammlung – in Ludwigshafen 30.000 Menschen für eine höhere Brotration demonstriert. Überall fehlte es schon an den Grundnahrungsmitteln, an Brot und Mehl und an Kartoffeln, von anderen Lebensmitteln ganz zu schweigen. Größte Probleme bereitete die Versorgung mit Wohnraum. Die Städte Koblenz, Mainz, Ludwigshafen, Worms, Zweibrücken, Pirmasens und Landau waren zur Hälfte oder mehr zerstört, Kaiserslautern, Trier und Bingen zu einem Drittel. Und dabei war die Einwohnerzahl deutlich gestiegen – in Koblenz von 19.000 im April 1945 auf fast 54.000 im Dezember 1946. Noch im Juli 1947 gab es hier für 21.500 Haushaltungen nur 12.260 Wohnungen, von denen fast 1.000 für Angehörige

der Besatzungsmacht beschlagnahmt waren. Ebenso knapp waren die Heizmaterialien sowie Strom. Auch die Verkehrsinfrastruktur, Straßen, Brücken, Schienenwege waren zerstört und mussten wieder hergerichtet werden. Hinzu kamen Tausende von frei gekommenen ausländischen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und anderen Displaced Persons (DP) sowie auch von Flüchtlingen. Sie mussten zusätzlich, neben den Einheimischen versorgt werden.

Und bei aller existenziellen Not fehlte es auch noch am Geld. Die Aufrüstung der Nazis und der Krieg hatten Unsummen Geldes verschlungen. Das fehlte jetzt. Hinzu kamen die hohen Besatzungskosten, die Frankreich verlangte, weil es durch den Krieg und die deutsche Besatzung ausgeblutet war.

Aber man wollte sich durch die aktuellen Nöte und Probleme nicht unterkriegen lassen. Ministerpräsident Wilhelm Boden schloss seine erste Regierungserklärung, die er am 5. Dezember 1946 vor der Beratenden Landesversammlung abgab, mit den Worten: „Es ist über 100 Jahre her, dass in Hambach in der Pfalz demokratisch gesinnte Männer aus dem Westen und Süden Deutschlands zusammenkamen, von dem Wunsche erfüllt, dem Weg des deutschen Volkes eine neue Richtung zu geben. Ihre Ziele und Ideale fassten sie in dem Aufruf zusammen: ‚Hoch leben die vereinten Freistaaten Deutschlands! Hoch lebe die conföderierte Republik Europas!‘ Mich dünkt, dass heute die Zeit gekommen ist, dass wir uns des Gedankengutes unserer einst in Hambach versammelten Vorfahren erinnern und an der Verwirklichung ihrer Ideale arbeiten.“

Grillhütte in Koblenz-Immendorf zweimal in Brand gesteckt

Feuerteufel schlagen gleich mehrfach zu

Polizei sucht Zeugen

Koblenz. Am Samstag, 3. Dezember, wurde der Polizei gegen 8 Uhr der Brand einer Grillhütte in Koblenz-Immendorf gemeldet. Die Kripo Koblenz hat die Ermittlungen aufgenommen und hierbei festgestellt, dass die besagte Hütte vorsätzlich in Brand gesetzt wurde. Im Rahmen der Ermittlungen und Befragungen ergab sich ein Hinweis auf eine männliche Person, die sich während der Löscharbeiten im Bereich der Grillhütte aufgehalten hatte. Dieser Zeuge, etwa 25 bis 30 Jahre alt, 180 cm groß, blonde kurze Haare, bekleidet mit einer braunen Lederjacke, wird gebeten, sich mit der Kripo Koblenz, unter

Tel. (02 61) 10 31, in Verbindung zu setzen. Am Montag, 5. Dezember, 5.50 Uhr, brannte die Hütte erneut. Auch in diesem aktuellen Fall gehen die Brandermittler der Kripo von einer Brandstiftung aus. Die Ermittler bitten die Bevölkerung um Mitteilung verdächtiger Beobachtungen, die mit den beiden Taten in Zusammenhang stehen könnten. Die Kripo interessiert insbesondere Informationen zu verdächtigen Personen oder Fahrzeugen, die kurz vor oder nach der Tat in der Nähe der Grillhütte in Koblenz-Immendorf gesehen wurden. Hinweise unter Tel. (02 61) 10 31. *Pressemittteilung Polizeipräsidium Koblenz*